Stand: 16.12.2025 10:00:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8643

"Rahmenbedingungen der Teilzeitberufsausbildung in Bayern verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8643 vom 22.10.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11840 des SO vom 12.05.2016
3. Beschluss des Plenums 17/12198 vom 29.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.10.2015 **Drucksache 17/8643**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rahmenbedingungen der Teilzeitberufsausbildung in Bayern verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für einen Ausbau der Teilzeitausbildung in Bayern einzusetzen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen wie die Sicherung des Lebensunterhalts von Teilzeitauszubildenden; Angebote zur Sicherstellung der Kinderbetreuung, insbesondere in Ferien- und Randzeiten; die Beratung von Arbeitgebern, Verbänden und Kammern; eine flexiblere Gestaltung des Berufsschulunterrichts sowie die Einrichtung regionaler Service- und Lotsenstellen für Teilzeitberufsausbildung.

Die Staatsregierung unterstützt insbesondere die folgenden Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Teilzeitberufsausbildung in Bayern:

1. Die Staatsregierung setzt sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regelung zur vollen Ausbildungsvergütung für Teilzeitauszubildende ein.
2. Zur Überbrückung von Finanzierungslücken bis zur BAföG-Gewährung, setzt sich die Staatsregierung im Bund für eine Ausweitung der Darlehensansprüche aus dem SGB II ein.
3. Die Staatsregierung sorgt für einen Ausbau der Ganztagsbetreuung sowie der Kinderbetreuungsangebote in Ferien- und Randzeiten.
4. 4. Die Staatsregierung initiiert mit Unternehmensverbänden, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern eine Informationskampagne zur Gewinnung von Arbeitgebern für den Ausbau der Teilzeitausbildung.
5. Die Staatsregierung schafft Möglichkeiten für eine flexiblere Gestaltung des Berufsschulunterrichts für Teilzeitauszubildende.
6. Die Staatsregierung beteiligt sich an der Einrichtung und Finanzierung von regionalen Lotsen- und Servicestellen in allen bayerischen Bezirken zur Beratung von Ausbildungsinteressentinnen und Ausbildungsinteressenten und Betrieben.

Begründung:

Die Möglichkeit eine Teilzeitausbildung zu machen, ist für manche Menschen die einzige Chance, überhaupt eine Ausbildung zu machen, weil sie aufgrund familiärer oder sonstiger Verpflichtungen, gesundheitlicher Probleme oder sonstiger Gründe keine reguläre Vollzeitausbildung absolvieren können. „Ungelernte“ haben aber das größte Risiko arbeitslos zu werden oder gar nicht erst in den Arbeitsmarkt eintreten zu können. Sowohl die zu erwartende dauerhafte Armut dieser Gruppe als auch die Notwendigkeit, in diesen Fällen viele Jahre lang staatliche Transferleistungen zahlen zu müssen, sind Grund genug, das bereits bestehende Instrument „Teilzeitausbildung“ praktikabler zu machen und die prinzipielle Möglichkeit zu schaffen, es bei Bedarf auszuweiten.

Seit 2005 ist die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung im Berufsbildungsgesetz verankert. Insbesondere für Alleinerziehende, junge Familien mit Kindern und pflegende Angehörige ist die Teilzeitausbildung ein wichtiges Angebot zur (nachholenden) Berufsausbildung. Trotz ihrer gesetzlichen Verankerung fristet die Teilzeitausbildung in Bayern immer noch ein Nischendasein. Im Jahr 2014 gab es in Bayern lediglich 694 Teilzeitausbildungsverhältnisse, das sind nur 0,2 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse. Offensichtlich werden die Potenziale und Möglichkeiten in diesem Bereich nicht ausgeschöpft.

Das Hauptproblem für eine Ausweitung der Teilzeitausbildung ist die fehlende Sicherung des Lebensunterhalts der Auszubildenden. Vielen potenziellen Interessentinnen und Interessenten droht der Verlust ihrer bisherigen SGB II-Ansprüche, da ein vorrangiger Anspruch auf BAföG-Leistungen besteht. Bis zur Entscheidung über den BAföG-Anspruch entsteht für viele Antragsteller eine akute Finanzierungslücke, die in der Regel nur durch Darlehen nach dem SGB II überbrückt werden kann. Die Darlehensgewährung ist jedoch auf die Höchstdauer von einem Monat beschränkt. Dies reicht häufig nicht aus, um die Frist bis zur Entscheidung über den BAföG-Antrag zu überbrücken. Die Darlehensansprüche für Teilzeitauszubildende müssen deshalb dringend ausgeweitet werden. Außerdem fehlen gesetzliche Regelungen zur Ausbildungsvergütung für Teilzeitauszubildende.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Während einige Betriebe in diesen Fällen die volle Vergütung gewähren, zahlen andere Unternehmen nur eine reduzierte Ausbildungsvergütung. Auch die Rechtsprechung zu dieser Frage ist keineswegs einheitlich. Die Ausbildungsvergütung sollte jedoch nicht unter dem SGB II – Satz liegen. Zur Sicherung des Lebensunterhalts benötigen Teilzeitauszubildende deshalb einen gesetzlichen Anspruch auf die volle Ausbildungsvergütung.

Eine weitere wichtige Hürde sind die unzureichenden Angebote zur Kinderbetreuung. Hier brauchen wir in Bayern dringend einen weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuungsangebote im schulischen und frühkindlichen Bereich. Außerdem sind auch zusätzliche Betreuungsangebote für Ferien- und Randzeiten erforderlich. Die Staatsregierung muss gemeinsam mit den Kommunen und den Schul- bzw. Kitaträgern einen Ausbau entsprechender Angebote vereinbaren.

In vielen Betrieben und Unternehmen gibt es immer noch erhebliche Vorbehalte gegen das Instrument der Teilzeitausbildung. Angesichts des akuten Mangels an Auszubildenden in vielen Branchen, sollte die Staatsregierung gemeinsam mit Unternehmensverbänden und Kammern eine entsprechende Informations- und Motivationskampagne für den Ausbau der Teilzeitausbildung starten.

Teilzeitauszubildende müssen in der Regel den vollen Berufsschulunterricht absolvieren. Nur wenn es gelingt eine spezielle Klasse für Teilzeitauszubildende zu bilden, können Berufsschulen eine Ausbildung in Teilzeit anbieten. Die Berufsschulen brauchen hier dringend mehr Flexibilität bei der zeitlichen Gestaltung des Unterrichts und mehr Freiräume bei der Lehrplangestaltung.

Zur Information und Beratung von Betrieben und an der Ausbildung in Teilzeit interessierten Menschen muss die Staatsregierung in allen bayerischen Bezirken Lotsen- und Servicestellen einrichten. Diese Lotsen- und Servicestellen sollten mit den vorhandenen Projekten der Arbeitsagenturen und des Sozialdienstes katholischer Frauen zu einem Netzwerk Teilzeitberufsausbildung verknüpft werden.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.05.2016 **Drucksache 17/11840**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**8643**

Rahmenbedingungen der Teilzeitberufsausbildung in Bayern verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für einen Ausbau der Teilzeitausbildung in Bayern einzusetzen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen wie die Sicherung des Lebensunterhalts von Teilzeitauszubildenden; Angebote zur Sicherstellung der Kinderbetreuung, insbesondere in Ferien- und Randzeiten; die Beratung von Arbeitgebern, Verbänden und Kammern; eine flexiblere Gestaltung des Berufsschulunterrichts sowie die Einrichtung regionaler Service- und Lotsenstellen für Teilzeitberufsausbildung.

Die Staatsregierung unterstützt insbesondere die folgenden Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Teilzeitberufsausbildung in Bayern:

1. Die Staatsregierung setzt sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regelung zur vollen Ausbildungsvergütung für Teilzeitauszubildende ein.
2. Zur Überbrückung von Finanzierungslücken bis zur BAföG-Gewährung, setzt sich die Staatsregierung im Bund für eine Ausweitung der Darlehensansprüche aus dem SGB II ein.
3. Die Staatsregierung initiiert mit Unternehmensverbänden, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern eine Informationskampagne zur Gewinnung von Arbeitgebern für den Ausbau der Teilzeitausbildung.
4. Die Staatsregierung schafft Möglichkeiten für eine flexiblere Gestaltung des Berufsschulunterrichts für Teilzeitauszubildende.
5. Die Staatsregierung beteiligt sich an der Einrichtung und Finanzierung von regionalen Lotsenstellen in allen bayerischen Bezirken zur Beratung von Ausbildungsinteressentinnen und Ausbildungsinteressenten und Betrieben.

Wir bitten die Staatsregierung in diesem Zusammenhang auch zu berichten, wie eine Kinderbetreuung in Bezug auf die Bedürfnisse aussieht, die die teilzeitbeschäftigten Auszubildenden haben.“

Berichterstatterin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 12. Mai 2016 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.06.2016 **Drucksache** 17/**12198**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**8643**, 17/**11840**

Rahmenbedingungen der Teilzeitberufsausbildung in Bayern verbessern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für einen Ausbau der Teilzeitausbildung in Bayern einzusetzen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen wie die Sicherung des Lebensunterhalts von Teilzeitauszubildenden; Angebote zur Sicherstellung der Kinderbetreuung, insbesondere in Ferien- und Randzeiten; die Beratung von Arbeitgebern, Verbänden und Kammern; eine flexiblere Gestaltung des Berufsschulunterrichts sowie die Einrichtung regionaler Service- und Lotsenstellen für Teilzeitberufsausbildung.

Die Staatsregierung unterstützt insbesondere die folgenden Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Teilzeitberufsausbildung in Bayern:

1. Die Staatsregierung setzt sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regelung zur vollen Ausbildungsvergütung für Teilzeitauszubildende ein.
2. Zur Überbrückung von Finanzierungslücken bis zur BAföG-Gewährung setzt sich die Staatsregierung im Bund für eine Ausweitung der Darlehensansprüche aus dem SGB II ein.
3. Die Staatsregierung initiiert mit Unternehmensverbänden, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern eine Informationskampagne zur Gewinnung von Arbeitgebern für den Ausbau der Teilzeitausbildung.
4. Die Staatsregierung schafft Möglichkeiten für eine flexiblere Gestaltung des Berufsschulunterrichts für Teilzeitauszubildende.
5. Die Staatsregierung beteiligt sich an der Einrichtung und Finanzierung von regionalen Lotsenstellen in allen bayerischen Bezirken zur Beratung von Ausbildungsinteressentinnen und Ausbildungsinteressenten und Betrieben.

Wir bitten die Staatsregierung in diesem Zusammenhang auch zu berichten, wie eine Kinderbetreuung in Bezug auf die Bedürfnisse aussieht, die die teilzeitbeschäftigten Auszubildenden haben.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Die Nummer 26 der Anlage ist von der Abstimmung ausgenommen. Es handelt sich dabei um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung" auf der Drucksache 17/11078. Dieser Dringlichkeitsantrag wird auf Antrag der Fraktionen gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 11 beraten, das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Wann folgen Konsequenzen aus dem ORH-Gutachten? Bericht über die Ergebnisse der Projektgruppe und interministeriellen Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Verbraucherschutzes" auf der Drucksache 17/11043.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rahmenbedingungen der Teilzeitberufsausbildung in Bayern verbessern
Drs. 17/8643, 17/11840 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der assistierten Ausbildung in Bayern
Drs. 17/9836, 17/11944 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Leistungsstarke Anbindung Nordwest-Oberfrankens an den Schienenfernverkehr
Drs. 17/10279, 17/12085 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert SPD
Bericht zu Bauarbeiten am Strafjustizzentrum Nürnberg
Drs. 17/10320, 17/12006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendschutz gewährleisten – Altersbeschränkung für Laserspiele in Bayern einführen
Drs. 17/10336, 17/11946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prüfung des Wittelsbacher Ausgleichsfonds durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof nicht länger verhindern
Drs. 17/10446, 17/12059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtverkehrsplan endlich fortschreiben
Drs. 17/10507, 17/12086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
Übergangsprozesse optimal gestalten − Verbindlichkeit für Kindertagesstätten und Grundschulen erhöhen
Drs. 17/10570, 17/12040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teerskandal in Hutthurm restlos aufklären
Drs. 17/10697, 17/11929 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Rechtssicherheit beim Einsatz von Jagdwaffen schaffen
Drs. 17/10774, 17/11846 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Stabsstelle zu Servicestelle ausbauen
Drs. 17/10777, 17/12041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Bayern auf dem Weg in die Gigabitgesellschaft?
Drs. 17/10778, 17/12087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Gefälschte Lebensmittel: Beteiligung an weltweiter Aktion und Kontrollpraxis in Bayern offenlegen
Drs. 17/10795, 17/11930 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Johann Häusler, Eva Gottstein u.a. FREIE WÄHLER
Ferkelkastration: Verlängerung der Übergangsfrist
Drs. 17/10866, 17/11952 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Johann Häusler, Eva Gottstein u.a. FREIE WÄHLER
Keine voreiligen Verbote in der Tierhaltung − Beibehaltung der Praxis des Schwanzkupierens
Drs. 17/10867, 17/11953 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Halbautomatische Jagdwaffen − Besitz und Einsatz auch zukünftig erlauben!
Drs. 17/10909, 17/11847 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Keine Verschlechterung von Fluggastrechten!
Drs. 17/10912, 17/11931 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Sicherung der Finanzierung der Betreuungsvereine
Drs. 17/10913, 17/12021 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Schnelle Aufklärung über freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
Drs. 17/10919, 17/11949 (E)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß
§ 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Bundesverkehrswegeplan: Elektrifizierung Nürnberg − Marktredwitz − Cheb − Engpass beseitigen!
Drs. 17/10987, 17/12088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenz der Betreuungsvereine in Bayern sichern
Drs. 17/10999, 17/12022 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einzelfallbezogenes Weisungsrecht der Justizminister abschaffen − stattdessen eigenständiges Klageerzwingungsverfahren einführen
Drs. 17/11002, 17/12023 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. CSU
Bayerischer Naturschutzfonds II – Jährliche Berichte zu Finanzierung, Mittelvolumen und Mittelverwendung sowie digitale Erfassung der Grundstücksförderung
Drs. 17/11010, 17/11932 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern bedarfsgerecht ausbauen
Drs. 17/11045, 17/11950 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Wege bei der Unterbringung obdachloser anerkannter Asylbewerber und Flüchtlinge
Drs. 17/11065, 17/12055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
Drs. 17/11078, 17/11935 (A)

Über den Antrag wurde gesondert abgestimmt.

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser sauber halten − Entwicklung der Nitrat- und Pestizidwerte im Grundwasser für die öffentliche Versorgung
Drs. 17/11090, 17/11954 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualität braucht ihren Preis − Mindestabnahmepreis für Milch bei Qualität aus Bayern einführen
Drs. 17/11091, 17/11959 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

29. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vermittlung von Alltagswissen stärken − Verbraucherschutzberatung für Flüchtlinge intensivieren
Drs. 17/11160, 17/11936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Novellierung der Milch-Güte Verordnung − weiterhin auf Eigenverantwortung der Landwirte setzen
Drs. 17/11197, 17/11960 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Milchviehhaltung in Bayern nicht gefährden
Drs. 17/11199, 17/11961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundesverkehrswegeplan umgehend nachbessern
Drs. 17/11201, 17/12089 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	A

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die IT-Sicherheit im AKW Gundremmingen
Drs. 17/11202, 17/11937 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Schutz der bayerischen Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden Betrügereien durch Lebensmittelfälschung bei Olivenöl sicherstellen
Drs. 17/11211, 17/11938 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein u.a. SPD
30 Jahre nach Tschernobyl: Mehr Transparenz und Verbraucherschutz beim Umgang mit radioaktiv belastetem Wildfleisch
Drs. 17/11215, 17/11939 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Erhalt der bäuerlichen Strukturen in der Milchviehhaltung − Intensivierung der investiven Förderung und der Beratung im Bereich des Tierwohls endlich vorantreiben
Drs. 17/11223, 17/11962 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Milchviehhalter in Bayern schützen − kein Verbot der Anbindehaltung
Drs. 17/11224, 17/11963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

38. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum aktuellen Stand der Schulbauverordnung
Drs. 17/11326, 17/12042 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum aktuellen Stand der bayerischen Bildungsregionen
Drs. 17/11327, 17/12049 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
30 Jahre nach Tschernobyl: Enorm hohe Strahlenbelastung von Wildschweinen − Daten im Internet veröffentlichen
Drs. 17/11330, 17/11940 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsintegrationsjahre an den beruflichen Schulen bei Bedarf auf 3 Jahre ausdehnen
Drs. 17/11332, 17/12050 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Novellierung der Milch-Güteverordnung − Interessen der bayerischen Milcherzeuger im Auge haben
Drs. 17/11336, 17/11964 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Robert Brannekämper u.a. CSU
Einrichtung eines zweistündlichen ICE-Systemhalts in Coburg
Drs. 17/11337, 17/12090 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z